



Schluss mit Lockdown

Risikogruppen endlich gezielt und effektiv schützen!

Unter dieser Überschrift hat die AfD-Fraktion am 16.12.2020 im sächsischen Landtag erneut einen Wechsel in der bisherigen Vorgehensweise der Staatsregierung gefordert und mit der verfehlten Corona-Politik des Freistaats Sachsen abgerechnet.

Angesichts der derzeitigen Entwicklungen fehlt es an gezielten Maßnahmen, mit denen die Anzahl der Corona-Infizierten gesenkt werden kann. Dies gilt sowohl bundesweit, in besonderer Weise aber vor allem in Sachsen. Doch was ist sinnvoll, um beispielsweise eine drohende Überlastung des Gesundheitswesens zu vermeiden? Die Staatsregierung setzt darauf, die Ausbreitung des Virus einzudämmen und verordnet jetzt schon zum wiederholten Mal in diesem Jahr umfassende und einschneidende Eingriffe in das Wirtschaftsleben und die Grundrechte der Bürger. Allerdings kann diese „Lockdown-Politik“ nur eine Notbremse sein! Sie ist keine dauerhaft tragfähige

Strategie zur Bewältigung des Infektionsgeschehens. So zeigte der sogenannte „Lockdown light“ Anfang November nur eine geringe bis gar keine Wirkung. Fatal ist, dass die Regierung ihren Fehler nun wiederholt.

Die AfD-Fraktion steht für eine langfristige Strategie in der Corona-Politik. Da es vor allem in der Gruppe der Älteren, der Alten- und Pflegeheimbewohner die meisten Todesopfer gibt, lautet das Ziel, diese deutlich besser zu schützen. In den vergangenen Monaten hat man den Schutz unserer älteren Generation nicht nur vernachlässigt, es wurden auch keine effektiven Vorbereitungen zur Begegnung weiterer Ausbruchswellen entwickelt. Vieles ist und wäre möglich gewesen: Ausstattung der Heime mit ausreichend kostenlosen Schnelltests; mobile Behandlungsteams, welche die Risikogruppen zu Hause versorgen; Einrichtung von Bedarfstaxifahrten zum ÖPNV-Preis für alle Personen, die über 65 Jahre alt



Interview Direktkandidat Dresden 1
Jens Maier



Interview Direktkandidat Dresden 2
Andreas Harlaß

sind oder einer Risikogruppe angehören usw. Etwa 1 Billion Euro hat uns der „Lockdown“ bis dato gekostet. Nur mit einem Bruchteil dieser Summe hätte man die Risikogruppen effektiv schützen und damit ein Herunterfahren unserer Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens verhindern können.

Die Regierung hat vor allem beim effektiven Schutz der älteren Bürger sehr viele Fehler gemacht. Die Folgen dieser Versäumnisse muss nun die gesamte Bevölkerung tragen. Aus diesem Grund hat die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag erneut eine Normenkontrollklage eingereicht.

Als Opposition haben wir die Aufgabe, die Arbeit der Regierung zu kontrollieren. Dieser Aufgabe wollen wir vollumfänglich gerecht werden, auch dafür wurden wir gewählt.



Sozial geht auch ohne Sozialismus.

André Wendt berichtet vom Sozialparteitag in Kalkar.

Nach einer intensiven Arbeit in den Landes- und Bundesausschüssen wurde auf dem 11. Bundesparteitag der Alternative für Deutschland, welcher am 28. November 2020 in Kalkar stattfand, der „Leitantrag zur Sozialpolitik“ mit überwältigenden 88,63 Prozent beschlossen. Dieses Ergebnis war von außerordentlicher Bedeutung, da wir zukünftig vor großen sozialpolitischen Herausforderungen stehen werden. Je länger dringend notwendige Maßnahmen hinausgezögert werden, desto schmerzhafter und gravierender werden wir von den daraus resultierenden Einschnitten betroffen sein.

Die Politik der letzten Jahrzehnte hat diese kommenden Entwicklungen unverantwortlich ausgeblendet und bringt damit unseren Sozialstaat in große Gefahr. Verschiedene Berechnungen zeigen eindrucksvoll auf, dass unser Sozialsystem — und hierbei insbesondere unsere Rentenversicherung — schnellstmöglich reformiert werden muss. Daher hat sich die AfD ein Programm gegeben, welches in einem ersten Schritt die Weichen für eine zukunftsorientier-

te und gerechte Sozialpolitik stellen soll. Bei der Rente wollen wir beispielsweise, dass die immer noch vorhandenen Ungerechtigkeiten bei der Überleitung der Ostrenten endlich der Vergangenheit angehören, die Politikerpensionen abgeschafft und Selbständige in die gesetzliche Rentenversicherung aufgenommen werden, insofern sie keine private vorweisen können. Des Weiteren möchten wir, dass neu eingestellte Staatsdiener, die nicht originär hoheitlichen Aufgabenbereichen zugeordnet sind, ebenfalls einzahlen. Außerdem sollen Familien für jedes Kind 20.000 Euro Beiträge der Eltern zur Rentenversicherung aus Steuermitteln erstattet bekommen, ohne dass sich die Rentenansprüche dadurch verringern.

Des Weiteren haben wir vorgesehen, dass der Staat für jedes geborene Kind mit deutscher Staatsangehörigkeit und Lebensmittelpunkt in Deutschland eine zusätzliche Einzahlung in Höhe von 100 Euro pro Monat bis zum 18. Lebensjahr in die Spardepots der jeweiligen Kinder tätigt. Daneben müssen wir auch der Gerechtigkeit wieder auf die Beine

helfen. Wer jahrelang in die Rentenkasse eingezahlt hat, sollte auch bei einem geringeren Einkommen bessergestellt werden als Personen, die größtenteils arbeitslos waren.

In der Gesundheitspolitik wollen wir durch verschiedene Maßnahmen die Wartezeiten auf ambulante Behandlungen verringern, soziale Pflegeversicherung und gesetzliche Krankenversicherung zusammenlegen, die stationäre medizinische Versorgung im ländlichen Raum erhalten, Privatisierungen von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen begrenzen, Verfügbarkeit und Sicherheit von Arzneimitteln in Deutschland gewährleisten, die Budgetierung und das DRG-Abrechnungssystem hinter uns lassen, Mehrwertsteuer auf Arzneimittel absenken, häusliche Pflege fördern, Kurzzeit-Pflegeplätze in Krankenhäusern schaffen, die WHO grundlegend reformieren und Pflegebedürftige um 50 % bei den Eigenanteilen entlasten.

Deshalb: Zeit für Veränderungen!
Zeit für die AfD!

Mit den Stimmen der CDU/CSU, SPD und der GRÜNEN wurde am 18.11.2020 im Bundestag ein Ermächtigungsgesetz, das sogenannte Bevölkerungsschutzgesetz, verabschiedet. Am selben Tag stimmte der Bundesrat zu, Bundespräsident Steinmeier (SPD) leistete die notwendige Unterschrift. Es ist ein Gesetz, das die Exekutive (Regierung) ermächtigt, Grundrechtseinschränkungen jederzeit am Parlament vorbei umzusetzen und so das Parlament entmachtet hat. Es ist in der deutschen Nachkriegs-

geschichte der massivste Eingriff in die Grundrechte der Bürger.

Der Gesetzgeber hat für eine Grundgesetzänderung eine 2/3-Mehrheit vorgesehen, für Grundrechtseinschränkungen per Ermächtigung reicht eine einfache Mehrheit.

Übrigens: Dass Linke und FDP gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt haben, hat nichts zu bedeuten. Wie inkonsequent sie die Rechte der Bürger ver-

teidigen, wurde sichtbar, als sie der AfD ihre wegen des Quorums notwendige Zustimmung zur Durchführung einer Normenkontrollklage vor dem BVerfG verweigerten und damit verhinderten, dass das Ermächtigungsgesetz vor das BVerfG gebracht werden kann.



Qualität ohne Quote

AfD Sachsen zeigt alternative Frauenpolitik auf

Regelmäßig behaupten Vertreter der Altparteien, Frauen bräuchten vom Staat Unterstützung, um ihre beruflichen und privaten Wünsche realisieren zu können. Im November 2020 einigte sich die schwarz-rote Bundesregierung auf eine verbindliche Frauenquote in Vorständen großer Unternehmen. In Thüringen und Brandenburg sollten die Parteien durch ein von linker Seite mehrheitlich durchgesetztes Paritätsgesetz gezwungen werden, Listen für Landtagswahlen gleichmäßig mit Frauen und Männern zu besetzen.

Die Verfassungsgerichte beider Bundesländer haben diese politischen Initiativen – vorerst – ausgebremst. In Sachsen wollen CDU, Grüne und SPD ein „Gleichstellungsgesetz“ realisieren, das weibliche Geschlecht soll in Bereichen mit geringem Frauenanteil bei der Einstellung bevorzugt werden. Linksliberale Quotenpolitik treibt jedoch nicht nur einen gefährlichen Keil zwischen Frauen und Männer, sie stellt auch eine Herabsetzung für jede Frau als „Quotenfrau“ dar.

Im Rahmen einer eigenen, von mir ins Leben gerufenen Frauenkampagne mit dem Titel „Qualität ohne Quote“ möchte die AfD Sachsen auf diese Fehlentwicklungen aufmerksam machen und zugleich Alternativen aufzeigen. Denn selbstbewusste Frauen brauchen keine staatliche Bevormundung, sondern gesellschaftliche Anerkennung und Er-

leichterungen – sei es als Handwerkerin, Pflegekraft, Unternehmenschefin, Musikerin oder als Mutter. In allen gesellschaftlich relevanten Bereichen – sei es im wirtschaftlichen oder familiären Umfeld – leisten Frauen in Sachsen Hervorragendes. Um die tatsächlichen Probleme, die Frauen auch in Sachsen immer stärker betreffen, macht die etablierte Politik dagegen einen Bogen.

Wie ich durch eine Kleine Anfrage im September herausfinden konnte, lag der Migrantanteil in den sächsischen Schutzhäusern für Frauen und Kinder bei 57,2 Prozent. Den nachweisbaren Zusammenhang von Masseneinwanderung und Gewalt gegen Frauen meidet die etablierte Politik jedoch wie der Teufel das Weihwasser.

Die AfD ist angetreten, um hier und bei anderen Tabuthemen den Finger in die Wunde zu legen. Anstatt ideologisch gesteuerte Politik zu betreiben, verdienen Frauen Anerkennung und Hilfe, wenn diese wirklich benötigt wird.*MJ

**SITZT AUCH
OHNE QUOTE
FEST IM SATTEL**

**QUALITÄT
OHNE
QUOTE**

www.q-o-q.de

Auf soziale Themen setzen!

Albrecht Andreas Harlaß, 59, ist Direktkandidat zur Bundestagswahl



Warum nach Berlin?

Die AfD in Sachsen war zur letzten Bundestagswahl 2017 stärkste Kraft. Noch vor der CDU. Dann passierte etwas, was sich in der neuen Legislatur auf keinen Fall wiederholen darf: Drei sächsische Abgeordnete haben die AfD und die Fraktion verlassen. Sie wurden vom Wähler nominiert, Politik im Sinne der Alternative für Deutschland zu gestalten und haben mutmaßlich aus Feigheit und Angst um die außerparteiliche Karriere die sächsischen Wähler verraten. Das wird es mit mir nicht geben. Ich werde als politisch stabiler Abgeordneter agieren. Versprochen!

Das hat mit fachlicher Kompetenz aber nichts zu tun...?

Seit der friedlichen Revolution habe ich ohne Unterbrechung in verschiedenen Medien als politischer Redakteur gearbeitet. U.a. 1990 die Chemnitzer Mor-

genpost mit aufgebaut, als Chef vom Dienst bei Radio PSR, bei BILD in Dresden die Landespolitik journalistisch begleitet und zuletzt für die Junge Freiheit als Autor geschrieben. Dadurch lernt man das politische Getriebe ziemlich gut kennen und bewerten...

Kommen Sie doch mal zum Punkt...

Ja doch: Erfahrungen im Umgang mit uns feindlich gesonnenen Medien können der neuen, erwartbar starken sächsischen Gruppe innerhalb der Bundestagsfraktion sehr nützlich sein. Wer die gestellten, medialen Fallen vorher erkennt, läuft nicht Gefahr hineinzutappen. Außerdem habe ich viele Jahre als Landwirt im Nebenerwerb auf eigenem Hof gewirtschaftet, alte Haustierrassen und Hunde gezüchtet sowie Fachwerkhäuser saniert. Heimat- und Denkmalschutz sind wichtige Themengebiete – gerade für die AfD.

Das ist schon alles?

Nicht so ungeduldig! Weiterhin ist Architektur gesellschaftsbildend. Es gilt zu verhindern, dass immer neue Hässlich-Bauten von zumeist importierten Modernisten - Architekten möchte ich die Verschlechterer nicht nennen - begangen werden. Dresdens Bausünden belegen das! Als Sammler historischer Waffen und Schütze bin ich zudem im Waffenrecht sachkundig. Dort soll die Freiheit ja als nächstes beschnitten werden.

Sie sind angeblich Presseprofi, warum liest man kaum etwas über die AfD in den Medien?

Ich schlage vor, Sie schauen sich einmal die Auftritte der Fraktion und auch des Landesverbandes der sächsischen AfD in den sozialen Medien, unter anderem auf Facebook an. Dann werden Sie feststellen, dass wir täglich Lösungs-

vorschläge zu Sachthemen anbieten und auch die schlechte Politik der sächsischen Regierung kritisieren. Die AfD soll bei Sachthemen totgeschwiegen werden....

Also Boykott?

Wenn Sie so wollen, Ja! Seit Bestehen unserer Partei wird versucht, die AfD zu skandalisieren, sie in die rechte Ecke zu stellen oder eine Spaltung herbeizufabulieren. Drei von vier in Sachsen erscheinende Zeitungen befinden sich im Miteigentum der SPD. Redakteure, die ich aus früheren Zeiten kenne, erzählen hinter vorgehaltener Hand, dass es Anweisungen gibt, die AfD nicht zu erwähnen, wenn es um Sachpolitik geht. Es nützt aber nichts zu klagen, wir müssen weiter am Aus- und Aufbau alternativer Medien arbeiten.

Hat die AfD bei Corona versagt?

Beim Thema Corona haben wir eine für jeden nachvollziehbare und akzeptable Strategie eingefordert. Weder wur-

de öffentlich darüber debattiert, noch wurde dergleichen getan. Wir haben zum Beispiel gefordert, Risikogruppen besonders zu schützen. Beispielsweise in Pflegeheimen. Die AfD hat nicht versagt, sondern setzt auf Vernunft und Transparenz. Beides bleibt bei der so genannten Corona-Politik der Regierungsparteien auf der Strecke.

Was ist mit Altersarmut und Ärztemangel?

Unsere Fraktion und auch ich als Politiker setzen seit vielen Jahren auf soziale Themen. Der Ärztemangel, vor allem in ländlichen Regionen, ist Schwerpunkt unserer Arbeit. Wir brauchen dringend ausreichende Krankenhäuser und mehr Pflegekräfte. Alle unsere Vorschläge dazu wurden abgelehnt.

Sind die Renten sicher?

Nein! Die Rentenkassen werden unter anderem für die absolut falsche Asylpolitik geplündert. In unserer Nachbarländern, Österreich und Holland,

sind die Renten mit 80 und über 100 Prozent in etwa so hoch, wie das letzte Brutto-Gehalt. Im angeblich so reichen Deutschland gibt es die klägliche Hälfte. Um die Renten künftig finanzieren zu können, braucht es Nachwuchs – und zwar eigenen Nachwuchs. Dafür wiederum braucht es entsprechende Förderungen.

Noch andere politische Ziele?

Aber sicher! Wiederherstellung der nationalen Souveränität unseres Vaterlandes, Eindämmung der illegalen Zuwanderung durch Sachleistungen statt Bargeld, sofortige Abschiebung von kriminellen und illegalen Ausländern, Frieden und Zusammenarbeit mit Russland, Grenzkontrollen! Wir müssen wissen, wer in unser Land kommt, Pflege und Förderung unserer eigenen tausend Jahre alten Kultur, Islamismus und Linksextremismus ächten, Stärkung des ländlichen Raumes und finanzielle Besserstellung unserer Rentner.

Rassistische Arschlöcher!

Linke Kampagne - auch sprachlich - gekentert.

Zum wiederholten Mal musste sich der Dresdner Stadtrat mit der zusätzlichen Aufnahme von Flüchtlingen beschäftigen. Der Antrag „Sicherer Hafen Dresden“ wollte über die gesetzlich geregelte Zuweisung hinaus mehr Flüchtlinge nach Dresden holen. Der Antrag wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Im Vorfeld der Stadtratssitzung demonstrierte nicht nur die „staatskonforme Zivilgesellschaft“ für die weitere Aufnahme von Flüchtlingen, sondern auch patriotische Bürger für die Einhaltung des Rechtsstaates und gegen Masseneinwanderung.

In der Diskussion beschimpfte der fraktionslose Stadtrat Max Aschenbach (Die PARTEI) demokratische Abgeord-

nete als „rassistische Arschlöcher“. Beifall für solcherlei Ausfälle gab dazu aus den links-grünen Fraktionen.

Die AfD-Fraktion kritisierte den interfraktionellen Antrag des linken Lagers als „Heuchelei“. Der von der AfD-Fraktion vorgebrachte Änderungsantrag appellierte daher an die Stadträte der links-grünen Seite, persönlich Flüchtlinge bei sich zu Hause aufzunehmen und die dadurch anfallenden Kosten zu übernehmen, anstatt sie der Allgemeinheit aufzubürden. *StaFra



KREISVERBAND DRESDEN



Impressum

Herausgeber: AfD-Kreisverband Dresden
Wilsdruffer Str. 11
01067 Dresden

Telefon: 0351 32300596
E-Mail: vorstand@afd-dd.de

Redaktion:	René Lange Arndt Noack André Wendt
V.i.S.d.P.:	Stephan Rose
Gestaltung und Satz:	Druckhaus Scholz GmbH
Druck:	30.000 Stk.
Auflagenhöhe:	Nr. 2 / Februar 2021
Ausgabe:	1 (oben), S. 3 (unten), S. 5, S. 6, S. 7 (unten), S. 9 - pxhere
Bildnachweise:	

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinngemäß zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den Inhalt dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen müssen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ablehnen.

Legende:

AW = André Wendt
MJ = Martina Jost
RG = Dr. Reinhard Günzel
StaFra = Stadtratsfraktion Dresden

Mit der „Spahnschen“ Grippe zum großen Umsturz

Zunehmende Unsicherheit im Volke machte sich breit, als die sozialen Medien mit Videos überquollen, die Menschen in China zeigten, die auf offener Straße plötzlich zusammenbrachen oder weinend von Polizisten in Quarantäneeinrichtungen verschleppt wurden. Zu dieser Zeit waren in Deutschland Gesundheitsminister Spahn und die Medien allerdings noch mit dem Thema Kanzlerkandidatur beschäftigt. Als die Medien umschwenkten und das große Thema Corona auszubreiten begannen, setzte notgedrungen auch das Regierungstheater ein anderes Stück auf den Spielplan, den Kampf gegen das Virus. Im ersten Akt wurde beschwichtigt, denn ausreichende Vorsorge gegen Pandemien seitens des Gesundheitsministeriums war nicht getroffen worden.

So wurde gestreut, Masken helfen nicht, was bekanntlich nicht ganz stimmt. Im zweiten Akt nahm das Drama Fahrt auf, Rechte und Freiheiten wurden eingeschränkt, wie das Recht auf Demonstrationsfreiheit, das Versammlungsrecht, die Reisefreiheit, ja, selbst das Verlassen der Wohnung wurde reglementiert, Schulen, Restaurants, Geschäfte geschlossen, weite Teile des mittelständischen Gewerbes an die Wand gefahren. Im Hintergrund derweil der Chor der Medien mit Katastrophenmeldungen über wachsende Zahlen von Infizierten und Verstorbenen.

Wie in der echten Tragödie scheint in den Sommermonaten alles gut zu werden, doch bald steckt alles inmitten des zweiten Lockdowns, mit noch weitergehenden Einschränkungen. Die volkswirtschaftlichen Schäden, die das Handeln der Regierung verursacht sind enorm, staatliche Hilfen sollen die Folgen abmildern, was kaum gelingt, das Land aber in eine ökonomische Krise mit langfristigen Folgen stürzt und die Diskussion zur Schleifung der Schuldenbremse wieder entfacht hat, das letzte Bollwerk gegen den

Geldsozialismus. Gut, kann man alles machen, handelt es sich wirklich um eine epidemische Erschütterung von nationaler Tragweite. Doch wie sehen die Zahlen aus? Eine Übersterblichkeit, die über die Vorjahre hinausgeht, war im Frühjahr 2020 nicht zu beobachten, gab es 2017 und 2018 jeweils im Frühjahr weitaus mehr Todesfälle. Erst zum Jahresende 2020 hin steigt die Zahl der coronabedingten Todesfälle merklich an, auf etwa 20% der Sterbefälle.

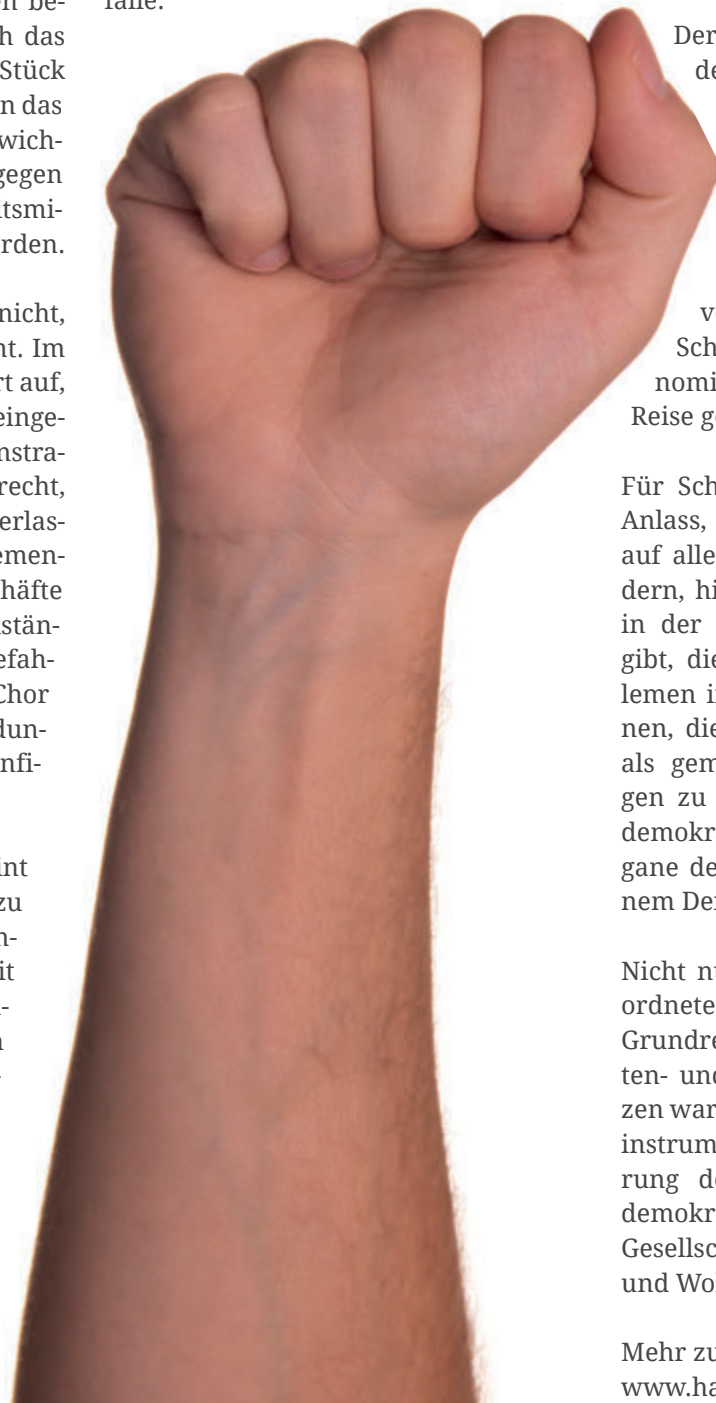
Die Heimsuchung durch Covid-19 ist daher mit einer schweren Grippe vergleichbar, die insbesondere ältere Menschen trifft, denen aber die bisherigen, die Freiheits- und Grundrechte unzumutbar beschränkenden Maßnahmen nicht helfen. Schutzlos werden sie weiterhin infiziert, bei einer in dieser Altersgruppe hohen Sterblichkeit und oftmals müssen sie würdelos, ohne Begleitung und Beistand durch ihre Angehörigen gehen.

Der letzte Akt im Drama ist dann der Auftritt der Untoten. Wie stets, wenn größere Herausforderungen anstehen, wird die immer wieder gescheiterte und tot geglaubte sozialistische Agenda hervorgeholt und das ultimative Heilsversprechen abgegeben. Klaus Schwab, Begründer des World Economic Forum (WEF), weiß wohin die Reise gehen muss.

Für Schwab ist das Corona-Virus der Anlass, einen radikalen Kurswechsel auf allen Gebieten des Lebens zu fordern, hin zu einer globalisierten Welt, in der es Gremien und Institutionen gibt, die bei allen auftretenden Problemen immer die richtige Lösung kennen, die den Regierungen dieser Welt als gemeinsame Handlungsanweisungen zu dienen haben. Parlamente als demokratisch legitimierte Kontrollorgane der Regierungen kommen in seinem Denken gar nicht vor.

Nicht nur, dass die durch Merkel verordneten Einschränkungen unserer Grundrechte den Menschen in den Alten- und Pflegeheimen nicht von Nutzen waren, ihr Tod wird jetzt auch noch instrumentalisiert um für eine Zerstörung der marktwirtschaftlichen und demokratischen Grundlagen unserer Gesellschaft und damit von Freiheit und Wohlstand herzuhalten.

Mehr zu diesem Thema auf www.hayek-verein-dresden.de *RG





Kein Zuschuss fürs Trainingszentrum?

Dynamo Dresden muss ohne einen Zuschuss in Höhe von einer Million Euro für das neue Trainingszentrum auskommen. Im Stadtrat stimmten Grüne, Linke, SPD und CDU gegen die Unterstützung von Dynamo Dresden. Die AfD-Fraktion stimmte für die zusätzliche Förderung des modernen Trainingszentrums.

Das neue Trainingszentrum, von dem nicht nur die Profis, sondern auch der Nachwuchs in ganz Dresden profitieren, kostete rund 4,5 Millionen Euro mehr als ursprünglich geplant. Altlasten und zusätzliche Auflagen für den Natur- und Hochwasserschutz sorgten für Kostensteigerungen. Verantwortlich für die Mehrkosten ist wesentlich die Stadt.

Pro Jahr zahlt der Fußballverein 1,5 Millionen Euro an Miete für das Trainingszentrum, nun kommen 60.000 Euro hinzu. Auf Grund der Corona-Pandemie und den dadurch fehlenden Zuschauer-einnahmen rechnet Dynamo Dresden mit einem Verlust von etwa 6 Millionen Euro. Wie das Defizit gedeckt werden kann, ist bisher ungeklärt. **StaFra*



Kostenexplosion in Dresden!

Abwasser, Müll, Straßenreinigung

Der Stadtrat hat die Erhöhung der Gebühren für Abwasser, Müll und Straßenreinigung beschlossen. Einzig die AfD-Fraktion übte Kritik und stimmt gegen die Gebührenerhöhungen.

Aus Sicht der AfD-Fraktion gehen diese zu Lasten der Bürger. In Zeiten der Corona-Pandemie ist dies kein gutes

Zeichen, da viele Menschen mit Einkommensverlusten oder gar Insolvenzen zu kämpfen haben. Für eine vierköpfige Familie fallen dadurch rund 50 Euro Mehrausgaben pro Jahr an. Auf weitere Gebührenerhöhungen bei den Parkgebühren und Elternbeiträgen haben sich die Linke, Grüne, SPD, FDP und CDU verständigt, wemgleich die Erhö-

hungen geringer ausfallen werden als ursprünglich von der Stadt geplant. Der Stadtrat wäre gut beraten, bevor er einer Gebührenerhöhung zustimmt, sich Einsparpotentiale aufzeigen zu lassen. Eine Sanierung der städtischen Finanzen zu Lasten der Bürger, insbesondere Familien mit Kindern, trägt die AfD-Fraktion nicht mit. **StaFra*



Verwaltungsbunker am Ferdinandplatz

Altparteien bereiten Weg für 140 Millionen Euro Neuverschuldung

Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung 2020 die Bürgschaft für den Bau des neuen Verwaltungszentrums am Ferdinandplatz mit den Stimmen von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP beschlossen. Damit ist der Weg zur Verschuldung der städtischen Tochtergesellschaft und somit der Stadt frei.

Doch wie begründeten diese Fraktionen ihren Weg in die Verschuldung und wie stichhaltig sind ihre Argumente? Damit möchten wir uns im Folgenden auseinandersetzen:

1. Aufgrund auslaufender Mietverträge sei der Neubau des VWZ alternativlos.

Falsch: Derzeit wird das Verwaltungsgebäude der ENSO am Hauptbahnhof neu errichtet. Die derzeit im WTC untergebrachten Mitarbeiter werden bis spätestens 2025 dort eingezogen sein. Die dabei freiwerdende Fläche im WTC entspricht ungefähr der Fläche, die neu gebaut werden soll.

2. Dienstleistungen für Bürger sollen zukünftig zentral und gut erreichbar

angeboten werden – das ginge nur mit dem neuen Verwaltungszentrum am Ferdinandplatz.

Falsch: Es ist beabsichtigt, dass lediglich die Teile der Stadtverwaltung, insbesondere die Ämter der beiden grünen Bürgermeister und das Amt für Wirtschaftsförderung im Neubau untergebracht werden sollen. Von den rund 7.000 Mitarbeitern der Kernverwaltung wären dann 1.300 im Neubau anzutreffen. Alle anderen wären nach wie vor in der ganzen Stadt verteilt. Im WTC wäre das Ziel der guten Erreichbarkeit wesentlich besser umzusetzen, da dort größere räumliche Kapazitäten bestehen und die Erreichbarkeit (z. B. mit der S-Bahn) wesentlich besser gewährleistet ist.

3. „Neue Arbeitswelten“ seien als zeitgemäßer Arbeitsstil in anderen Gebäuden nicht durchführbar.

Falsch: Derzeit führt die Stadtverwaltung einen Pilotversuch für die Umsetzung der „Neuen Arbeitswelten“ durch. Dafür hat sie Büroräume von ca. 700 m² angemietet – im WTC. In der heutigen

Zeit gilt das Großraumbüro als Arbeitsmodell ohnehin als überholt.

4. Die Brachfläche am Ferdinandplatz wird einer Nutzung zugeführt und dadurch belebt.

Teilweise falsch: Wir wollen, dass diese Fläche auch außerhalb der Öffnungszeiten der Verwaltung belebt wird. Wir befürworten daher die bauliche Entwicklung dieses Gebietes mit Wohnungen, Geschäften und öffentlich zugänglichen Plätzen. Ein Verwaltungsgebäude ist daher für dieses Areal ungeeignet. Fazit: Die Argumente für das Verwaltungszentrum wirken zunehmend überholt. Grundlegende Rahmenbedingungen haben sich geändert und die zwingende Notwendigkeit des Neubaus lässt sich objektiv nicht mehr begründen. Aus architektonischer Sicht werden die Entwürfe den Ansprüchen der Dresdner Stadtgesellschaft an ein identitätsstiftendes Bauwerk in keinsten Weise gerecht. Ohne Not wird die Schuldenfreiheit Dresdens mit diesem Projekt begraben. Daher lehnen wir den Neubau des Verwaltungszentrums ab.

*StaFra

Kernenergie nicht verteufeln

Kolumne von Hans-Jürgen Zickler

Das Jahr 2020 hatte nicht nur ein Thema, denn unsere AfD-Landtagsfraktion hat auch andere Bereiche nicht aus den Augen verloren. Als Partei, die den Kontakt zur Realität bewahrt, hat uns die sichere Energieversorgung unseres Landes beschäftigt.

Solange es keine ausreichenden Energiespeicher gibt, kann eine Industriation nicht ohne grundlastfähige Kraftwerke auskommen, dazu gehören auch Kernkraftwerke. Gerade Sachsen war mit dem ehemaligen Zentralinstitut für Kernphysik in Rossendorf lange Zeit führend in der Forschung. Deutsche Kernforschung und Kerntechnik mit ihren hohen Sicherheitsstandards war weltweit anerkannt.

Deshalb hat die AfD-Fraktion den Antrag gestellt: „Kernenergie nicht verteufeln, sondern innovative, zukunftsfähige und nachhaltige Forschungs- und Entwicklungskonzepte fördern.“

Politiker sollten sich über die Dinge, über die sie entscheiden wollen, sachkundig machen. Eine Möglichkeit dazu besteht in einer öffentlichen Anhörung im Landtag, die von der einbringenden Fraktion beantragt werden kann. So saßen am 23. November 2020 im Plenarsaal des Sächsischen Landtags Fachleute aus verschiedenen Einrichtungen der ganzen Bundesrepublik.

Prof. Dr. Antonio Hurtado, Direktor des Instituts Energietechnik an der TU Dresden wörtlich: „Es ist davon auszugehen, dass wir auch nach 2022 – wie lange, das kann wahrscheinlich niemand prognostizieren – Strom auch aus kerntechnischen Anlagen von Nachbarstaaten beziehen müssen oder – hoffentlich – beziehen können.“ Das „hoffentlich“ sollte einer Industriation zu denken geben.

Dr. Andreas Kronenberg als Vors. der Aktionsgemeinschaft Energiesicherung und Kerntechnik e.V. machte deutlich, welche Verteufelung die Kerntechnik in Deutschland vor allem in den Medien

erfahren hat, und bedauerte, wie sehr die Forschung auf diesem Gebiet in den letzten Jahren geschrumpft ist. Die Anzahl der Studenten sei so gering, dass Deutschland kaum noch Chancen hat, in diesem Zukunftsbereich mitzuhalten. Ja, es sei so schlimm, dass wir nicht mehr genug Wissenschaftler haben, um uns zustehende Stellen in internationalen Gremien zu besetzen.



Auch Prof. Dr. Manfred Mertins, Professor für kritische Infrastrukturen und Reaktorsicherheit, der auf Gefahren und Kosten von Kernreaktoren hinwies, musste zugestehen, dass es in diesem Bereich Forschungsbedarf gibt.

Dr. Götz Ruprecht, Forschungsleiter am Institut für Festkörper-Kernphysik erklärte: „Moderne Reaktorkonzepte können also erheblich effizienter sein und gleichzeitig das Atommüllproblem lösen, auch für bereits bestehende Abfälle... Dass man solche Technologien per Gesetz verbietet, ist unverantwortlich.“ Weiter sagte er: „Was wirklich bedauerlich ist: Unsere Qualitätsmedien, allen voran die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, fahren seit Jahrzehnten ein Weltuntergangs-Katastrophen-Programm gegen Kernenergie, statt über diese unsichtbare Gefahr doch einmal sachlich aufzuklären..., wie man bei Fukushima sehen konnte – ein Unfall, bei dem kein einziger Mensch durch Strahlung zu Schaden kam.“ ...und dann

kommt Claudia Roth mit einem Eintrag auf Facebook: „...mit ihr die ganze Welt in den atomaren Abgrund blicken ließ. Insgesamt starben bei der Katastrophe in Japan 16.000 Menschen, mehr als 2.700 gelten immer noch als vermisst.“

Ja, als Grüner hatte man es bei der Anhörung nicht leicht, ein Landtagsabgeordneter war von so viel Fachwissen völlig überrumpelt und musste feststellen: „Vielen Dank auch im Namen der Grünen-Fraktion für Ihre Stellungnahmen. Ich will zunächst feststellen, dass eine gewisse Schieflage existiert, wenn ich so das Stimmungsbild in der Bevölkerung anschau, zu dem, was hier geäußert wird.“

Genau so ist es, wenn Realität auf Stimmungsbild trifft. Fragt sich nur, wer hier in Schieflage ist. Schlimm, wenn die Schieflage auch noch in Sachsen regiert! Auch auf die Nachfrage, was vom neuen grünen Heilsversprechen „Wasserstoff“ zu erwarten sei, gab es von Prof. Hurtado eine klare Ansage: „Es wird dabei herauskommen, dass wir – nach heutigem Stand – vielleicht eine Verfünfachung oder Verzehnfachung des Strompreises erzielen werden.“

Dr. Helmut Waniczek, ehemals Chemiker bei der Bayer AG, erwähnte, dass z. Zt. weltweit 441 Kernkraftwerke in Betrieb, 53 im Bau und 119 in Planung sind, d.h. es ist davon auszugehen, dass in den nächsten zehn Jahren jeden Monat ein KKW in Betrieb gehen wird und keine Industriation dem deutschen Weg folgt.

Summa summarum konnte man nur zum Schluss kommen, sich hinter den Antrag der AfD zu stellen und wenigstens die Forschung an einer Zukunftstechnologie voranzubringen, mit der man einen wirklichen Beitrag zum Umweltschutz leisten kann ohne unseren bisherigen Lebensstandard zu zerstören.

Liebe Leser, muss ich erklären welches Schicksal dem Antrag beschieden war?

Interview: Jens Maier

Fazit nach dreieinhalb Jahren im Bundestag



Sehr geehrter Herr Maier, seit nunmehr über drei Jahren sind Sie bereits Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Wie bewerten Sie rückblickend die letzten drei Jahre?

Die AfD-Fraktion hat es geschafft, sich als einzige ernstzunehmende Opposition im Bundestag zu etablieren. Wir geben dem Volk endlich wieder eine Stimme und reden Klartext. Wer unsere Reden im Bundestag verfolgt hat, hat vielleicht das Wutgebrüll aus dem Hintergrund mitbekommen.

Klare Ansagen sind für die Abgeordneten der Altparteien nur schwer bis gar nicht zu ertragen. Dabei müsste es doch selbstverständlich sein, dass in einer Demokratie kontroverse Diskussionen zu Sachthemen geführt werden. Politische Denkverbote darf es innerhalb des rechtlichen Rahmens nicht geben.

Sie waren zuvor 20 Jahre lang als Landrichter tätig. Inwieweit kommt Ihnen Ihre Kenntnis der Rechtsordnung jetzt zugute?

Natürlich war es ein riesiger Bonus, dass ich als Jurist bereits im Wesentlichen die parlamentarischen Prozesse

gekannt habe und mich zügig in die Verfahren einarbeiten konnte. Und selbstverständlich ist meine Kenntnis im Bereich Zivilrecht sowie im Verfassungsrecht essentiell für die Erstellung eigener parlamentarischer Initiativen, also Gesetzentwürfen, Anträgen und Anfragen an die Regierung. Hinzu kommt, dass die Richtertätigkeit auch die Arbeitsdisziplin geschult hat.

In welchen Ausschüssen und Gremien sind Sie?

Ich bin Obmann und eines von sechs ordentlichen Mitgliedern der AfD-Fraktion im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, was mich auch ein bisschen stolz macht. Daneben bin ich parallel auch ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung.

Weiterhin bin ich Stellvertreter im Ausschuss für Inneres und Heimat. Im Wahlprüfungsausschuss wähle ich neue Bewerber für das Amt von Bundesrichtern aus. Daneben sitze ich im Bundestagsgremium zur Kontrolle der Bundesregierung im Bereich von Wohnraumüberwachungen. Über Langeweile kann ich nicht klagen (lacht).

Der Arbeitskreis für Recht und Verbraucherschutz gilt ja auch als „Motor“ einer Fraktion...

Ja, der fraktionsinterne Arbeitskreis für Recht und Verbraucherschutz, dem ich angehöre, ist der „Motor“ der AfD-Fraktion bei gesetzgeberischen Initiativen. Es erfordert deutlich mehr fachliche Kenntnis und auch Arbeit, um einen Gesetzesentwurf zu erstellen, als einen Antrag mit Forderungen an die Bundesregierung zu erstellen.

Keine andere Oppositionsfraktion hat in der Vergangenheit mehr Gesetzesentwürfe eingebracht als wir. Auch bei fast allen Initiativen anderer Arbeitskreise wirkt der Arbeitskreis Recht quasi wie eine Rechtsabteilung in einem Unternehmen im Hintergrund mit.

Sie sprachen vorhin von Initiativen, welche Sie ins Plenum eingebracht haben. Können Sie hierzu vielleicht einige nennen?

Ich habe u. a. einen Gesetzesentwurf ins Parlament gebracht, der vorsieht, auch Deutsche in Deutschland als taugliches Tatobjekt von Volksverhetzungen vor Verächtlichmachung zu schützen.

Ein weiterer Gesetzesentwurf verfolgt das Ziel, eine strafrechtliche Lücke im Tatbestand des räuberischen Diebstahls zu schließen. Ich habe eine Vorlage eingebracht, die vorsieht, „Antifa“-Organisationen zu identifizieren und gegen diese, wenn die rechtlichen Möglichkeiten es hergeben, die Einleitung von Vereinsverboten zu prüfen. Weiter Initiativen waren u.a. in den Bereichen Vermieter- und Mieterrechten, radikaler Islamismus, Rechte von gehörnten Scheinvätern oder GEMA-Abzocke bei Antennengemeinschaften.

Ist es richtig, dass Sie von der Fraktion als ordentliches Mitglied in den Beirat des BfDT (Bündnis für Demokratie und Toleranz) gewählt wurden?

(lacht) Ja, da hat die Fraktion sich einen Spaß erlauben wollen und hat ausgerechnet mich in dieses von Ultra-Linken besetzte Gremium gewählt. In der Hauptsache geht es in diesem Gremium darum, Preisgelder (=Steuerge-

der) an Vereine zu verteilen, die sich im besonderen Maße für „Demokratie und Toleranz“ eingesetzt haben. Jeder weiß, wenn Linke von Demokratie und Toleranz reden, dann ist das Gegenteil gemeint. Damit ist dann auch schon beschrieben, welche Vereine zu den Begünstigten nach deren Plan gehören sollen, nämlich solche, die sich dem „Kampf gegen rechts“ verschrieben haben und teilweise sogar dem Antifa-Milieu zugerechnet werden.

Die AfD-Fraktion ist in der Opposition, die anderen Fraktionen im Bundestag stimmen stets geschlossen gegen ihre Vorlagen. Haben Sie den Eindruck, dass Sie mit Ihrer parlamentarischen Tätigkeit trotzdem etwas bewirken konnten?

Ja. Wir üben durch unsere Arbeit einen permanenten Druck auf die Altparteien aus. Man stelle sich nur mal den Bundestag ohne eine wirkliche Opposition vor! Auch werden viele Initiativen unserer Fraktion mit fadenscheinigen

Gründen abgelehnt, die dann kurze Zeit später teils eins zu eins oder mit geringfügigen Modifikationen als Vorlage von anderen Parteien ins Plenum eingebracht werden.

Sie sind von Ihrer Partei wieder als Direktkandidat in Dresden gewählt worden. Wenn Sie es wieder in den Bundestag schaffen, was sind ihre vorrangigen Ziele für die nächsten 4 Jahre?

Mein Thema sind Recht und Ordnung bzw. die Durchsetzung und – heute muss man ja leider sagen – die Wiederherstellung der rechtsstaatlichen Ordnung. Daher werde ich wie bisher am Ball bleiben und die mehr und mehr um sich greifende Demontage des Rechtsstaats bekämpfen und öffentlich machen, um den Wählern zu verdeutlichen, was mit ihnen passiert.

Vielen Dank für das Gespräch!



Berufspolitiker erhöhen sich ihr Gehalt!

Diätenerhöhung und Mehrausgaben für Ministerien und Fraktionen



Im Dezember wurde bekannt, dass die geplante Erhöhung der Diäten ausgesetzt wird. Beabsichtigt war, die Diäten der Berufspolitiker von zurzeit monatlich 5.943 Euro auf 6.237 Euro ab dem 1. April 2021 zu erhöhen. Gemeinsam mit der Erhöhung von Zuschüssen an die Fraktionen würde das zu Mehrkosten von insgesamt knapp neun Millionen Euro jährlich führen.

Als AfD haben wir frühzeitig massiven Druck gegen eine Erhöhung aufgebaut und waren damit zumindest teilweise erfolgreich. Die Diätenerhöhung wurde erst einmal verschoben. Nun soll die Erhöhung ab November 2021 kommen. Darüber wird im Mai im Landtag abgestimmt – reine Formsache, da die Regierungskoalition aus CDU/SPD und GRÜNEN eine Mehrheit im Parlament

besitzen. Angemessener wäre mindestens eine Nullrunde für Parlamentarier – gerade, wenn viele Arbeitnehmer, Freiberufler sowie kleinere und mittelständische Unternehmer aufgrund der Corona-Politik vor dem Ruin stehen.

Neben der bereits beschlossenen Erhöhung der Fraktionszuschüsse sollen letzten Informationen zufolge auch noch fast 500 neue Stellen bei der Sächsischen Staatsregierung geschaffen werden. Wenn man bedenkt, dass seitens vieler Politiker und Parteien immer wieder von einem „schlanken Staat“ und einer „überbordenden Bürokratie“, die massiv reduziert werden muss, gesprochen wird, muss man sich über diesen massiven Aufwuchs schon verwundert die Augen reiben. So wurden nicht nur neue Ministerposten, sondern auch

ein gänzlich neues Ministerium für Regionalentwicklung geschaffen.

Regionalentwicklung wurde übrigens auch schon früher betrieben, warum bedarf es jetzt eines komplett neuen Ministeriums mit so vielen neuen Stellen?

Bei Betrachtung all dieser Maßnahmen haben viele Bürger das Gefühl, dass für treue Parteiangehörige neue Posten geschaffen worden sind. Viele Sachsen und Unternehmen kämpfen derzeit um ihre Existenz.

Der Freistaat wird neue Schulden in Milliardenhöhe aufnehmen und müsste deshalb den Gürtel in Zukunft deutlich enger schnallen. Er macht aber genau das Gegenteil — und das ist unverantwortlich. *AW / *MJ